

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Albstadt**

Markus Dapp Hörnleweg 2 72459 Albstadt



Albstadt, 25. Juni 2010

Sitzung des Gemeinderats der Stadt Albstadt am 24.6.2010:

Haushalt 2010 und mittelfristige Finanzplanung 2009/2013 der Stadt Albstadt

—

Stellungnahme des Vorsitzenden der SPD-Fraktion

Es gilt das gesprochene Wort.

**SPD-Gemeinderatsfraktion
Hörnleweg 2
72459 Albstadt**

**Telefon
(0 74 35) 91 07 96
Telefax
(0 74 35) 9 10 61 10**

**e-mail
Markus.Dapp@t-online.de
Internet
www.spd-albstadt.de**

**Bankverbindung
SEB Bank
BLZ 653 101 11
Konto 306 316 06 01**

I. Vorbemerkungen

Die mittleren Ränge auf der Rednerliste sind undankbar – die Gefahr ist groß, nach der Devise zu sprechen: „Es ist alles gesagt, nur noch nicht von allen ...“

Und das ist beileibe nicht die einzige Gefahr: Groß ist die Versuchung, sich als Sozialdemokrat an den schwarz-gelben Regierungen in Bund und Land „abzuarbeiten“. Ich will dieser Versuchung widerstehen – und lediglich pflichtschuldig zu Protokoll geben, dass wir von Berlin und Stuttgart keine merklichen Beiträge zur Konsolidierung unserer Stadtfinanzen erwarten; da sind wir, Herr Oberbürgermeister, noch skeptischer, als Sie's in Ihrer Haushaltsrede haben anklingen lassen.

Die andere Versuchung ist die der Selbstgerechtigkeit – die Versuchung, die eigene Nase besonders schön zu malen und ausführlich darzustellen, warum der eigene Verein und man selbst persönlich es schon „immer“ besser gewusst hat.

Ich weiß, dass Sie, Herr Kollege Dr. Merkel, für sich in Anspruch nehmen, den Kampf gegen die Schieflage unserer Stadtfinanzen geführt zu haben. Ich weiß auch, dass Sie's sportlich nehmen, wenn ich Ihnen dazu sage: Ich persönlich hätte mich gefreut, wenn das auch schon vor Jahren deutlich zu vernehmen gewesen wäre. Und mit Blick auf Ihre sehr robusten Auftritte gegenüber der Verwaltungsspitze in den letzten Wochen und Monaten kann ich mir den fragenden Hinweis nicht verkneifen: Täusche ich mich, oder leiden Sie tatsächlich mächtig an haargenau der Verwaltungsspitze, für die Sie sich in Wahlkämpfen stets ins Zeug gelegt haben?

II. Zu den Eckdaten

Aber genug der Sticheleien ... Wir haben die Schmähungen zwar nicht vergessen, mit denen Oberbürgermeister und Teile der CDU-Fraktion lange unseren Befund einer chronischen Schieflage der Stadtfinanzen quittiert haben – zuletzt noch im Zusammenhang mit Beratungen über den Rathaus-Neubau Mitte vergangenen Jahres. Aber: Wir stellen uns der Verantwortung. Für meine Fraktion stand nie zur Debatte, vor dem Ernst der Lage zu kneifen

Uns Sozialdemokraten ist bewusst, dass die Bürgerschaft „die“ Stadt mit Argusaugen beobachtet: Geurteilt wird doch meist pauschal über „die auf dem Rathaus“. Wer glaubt, die Zeiten seien billigen Profilierungsversuchen zuträglich, irrt gewaltig. Die Bürgerinnen und Bürger wollen zunächst Antwort von uns – von „der“ Verwaltung und „dem“ Gemeinderat – auf die ganz schlichte Frage: „Ist es das jetzt? Ist das Zahlen-

werk, das jetzt auf dem Tisch liegt, die ‚Marschroute‘? Ist damit alles Nötige und nach menschlichem Ermessen Mögliche beschrieben? Oder kommt noch einiges nach?“

Um’s kurz zu machen: Was vorliegt, kann und darf aus unserer Sicht nicht das letzte Wort in der Konsolidierungsdebatte sein. Ich will illustrieren, woher unsere Einschätzung rührt ...

Herr Oberbürgermeister, Sie haben vor fünf Wochen „Ihr“ Konsolidierungsziel beziffert: Ein Schuldenstand von rund 65 Millionen sei *„eine Messlatte, die wir nicht reißen dürfen“*. Ziel müsse es sein, die Verschuldung *„bis 2015 wieder auf 57 Millionen herunter zu bringen“* – also auf den Stand Ende 2009.

Ihre derzeitige mittelfristige Finanzplanung sieht Ende 2013 einen Schuldenstand von 64 Millionen Euro vor. Wenn ich wohlwollend abschätze, welche zusätzlichen Effekte nicht berücksichtigte Konsolidierungsvorschläge und etwas günstigere Entwicklungen auf der Einnahmenseite haben, lande ich bei zwischen 60 und 62 Millionen Euro städtischer Schulden Ende 2013.

Für 2014 gehe ich davon aus, dass wir selbst bei einem Gewerbesteueraufkommen von 20 Millionen Euro kaum in der Lage sein werden, eine positive Nettoinvestitionsrate zu erwirtschaften. Alle Zuführungen an den Vermögenshaushalt würden also für die ordentliche Tilgung von Altschulden „d’rauf gehen“. Für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wären – bis auf ohnehin spärlicher fließende Fördermittel, Beiträge und Veräußerungserlöse – neue Kredite erforderlich: Selbst wenn wir 2014 40 % weniger für Investitionen und Investitionsförderung ausgeben als im Schnitt der Rechnungsergebnisse 2006 bis 2008, wäre damit unterm Strich ein Schuldenanstieg programmiert – und eben nicht der Weg, der „bis 2015“ zur Rückführung der Schulden auf den Stand Ende 2009 führt.

Schlimmer noch: Unsere Rücklagen halten wir mehr schlecht als recht haarscharf über dem gesetzlichen Minimum. Und: Ihre mittelfristige Finanzplanung bis 2013 fußt auf Kapitalentnahmen bei den Stadtwerken in diesem Jahr und dann wieder 2012 und 2013 im Gesamtumfang von 10 Millionen. Wir brauchen nicht darüber zu streiten, ob das zulässig wäre: Es wäre zulässig! Aber ist es auch ökonomisch sinnvoll?

Meine Fraktion schluckt die „Kröte“ und akzeptiert eine Entnahme bei den Stadtwerken im Umfang von 5 Millionen in diesem Jahr. Andernfalls ist kein genehmigungsfähiger Haushalt 2010 zu schaffen.

Weitere Entnahmen finden nicht unsere Zustimmung. Denn de facto bedeuten Entnahmen bei den Stadtwerken eine „versteckte“ Verschuldung der Stadt: Uns hat sehr

irritiert, Herr Oberbürgermeister, dass Sie in Ihrer Haushaltsrede davon gesprochen haben, „*Kapitalentnahmen bei den Albstadtwerken*“ seien „*mit einem dort vorhandenen ‚Guthaben‘ gesichert.*“

Tatsache ist doch: Die Stadtwerke holen sich die 5 Millionen dieses Jahr zwar bei den Banken – aber nicht auf ihrem Festgeldkonto, sondern in der Kreditabteilung. Wir freuen uns, dass mittlerweile unsere Erkenntnis, dass sich weitere Entnahmen verbieten, von einer breiten Mehrheit des Gemeinderats geteilt wird: „Willkommen im Club!“ rufen wir insbesondere Ihnen, Herr Kollege Dr. Merkel, zu.

Um ein letztes Wort zu den Stadtwerken loszuwerden: Der Verzicht auf Kapitalentnahmen in den kommenden Jahren ist das eine. Die weitere Rückführung der laufenden Verluste der Werke das andere. Wir sagen offen: Unsere Bäderlandschaft ist auch nach der Verpachtung des badkap nicht tragfähig. Die Bürgerinnen und Bürger sollen wissen, dass sie sich auf eine Schließungsdebatte einstellen müssen!

Im übrigen: Über das ganze Haushalts- und Finanzplanungs-Zahlenwerk lässt sich nur dann seriös urteilen, wenn man stets andere Ziffern „mit denkt“: Das Statistische Landesamt geht in seiner jüngsten Bevölkerungsvorausrechnung nämlich von einem Rückgang unserer Einwohnerzahl von derzeit gut 45.000 auf knapp 44.000 im Jahr 2015 und auf gut 40.000 im Jahr 2030 aus. Allein schon vor diesem Hintergrund verbietet es sich, bloß auf die Konjunktur zu setzen.

III. Der Konsolidierungskatalog

Heute steht nicht nur die Haushaltssatzung für das Jahr 2010 zur Debatte – sondern ein Maßnahmenpaket, das mehrere Dutzend Punkte umfasst.

Vieles wird seinen vollen Konsolidierungseffekt frühestens 2011 entfalten, anderes befindet sich im Stadium der Konkretisierung. Alles, was vorliegt, ist Ergebnis Monate langer Arbeit, bei der die breite Mehrheit des Gemeinderats das Heft des Handelns in die Hand genommen hat.

Ausdrücklich Dank sagen will meine Fraktion der Stadtkämmerei und dem Hauptamt für die aktive Begleitung dieses Prozesses – und ich ganz persönlich für die stets aufmerksame Klärung meiner „Neulings“-Fragen.

Wenn ich namens meiner Fraktion feststelle, dass die heutige Gemeinderatssitzung keinen Durchbruch zu soliden Stadtfinanzen markiert, sondern ein wichtiges Etappenziel – dann ist das keine Geringschätzung der Arbeit der vergangenen Monate.

Ich habe die Vorstellung, mit dem Haushalt 2010 samt Begleitbeschlüssen sei die Arbeit getan, stets als „a priori falsch“ gekennzeichnet. Hinter unserer Stadt liegt eine Dekade, in der städtische Leistungen, Angebote und Investitionen „auf Pump“ an der Tagesordnung waren. Das lässt sich nicht „im Handumdrehen“ richten.

Dem Paket des heutigen Abends hat keine politische Gruppe ihren Stempel aufgedrückt: Ob z. B. wir Sozis für das Nein zu Literaturtagen 2011 das Copyright beanspruchen können oder andere – solche Fragen sind müßig, und tragen eher dazu bei, den Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen.

Sie werden auch nicht erleben, dass ich namens meiner Fraktion den Katalog auseinander klamüsiere – nach der Devise „eigentlich gefällt uns das gar nicht.“ Wenn wir in den folgenden Einzelabstimmungen wenige Modifikationsvorschläge zu Protokoll geben, dann darf das nicht darüber hinwegtäuschen: Wir stehen zum Paket, wir stehen zum Kompromiss!

„*Wer zum Kompromiss nicht fähig ist, der taugt nicht für die Demokratie*“, lautet ein Diktum von Altbundeskanzler Helmut Schmidt. Das hat meine Fraktion auch dort beherzigt, wo wir uns – wie z. B. bei den Kindergartenbeiträgen – weg bewegt haben von jahrzehntelang vertretenen gegenteiligen Positionen. Und wir begrüßen, dass die übrigen Fraktionen letztlich in vergleichbarer Weise Bewegung gezeigt haben.

Sie haben, Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Haushaltsrede von Maßnahmen „*zwischen Zumutung und Zumutbarkeit*“ gesprochen. Ich sage es schärfer, provokativer: Konsolidieren, richtiges Konsolidieren bedeutet letztlich immer, den Bürgerinnen und Bürgern insgesamt oder in Teilen etwas weg zu nehmen. Ob in Form geringerer Zuschüsse für Vereine, in Form höherer Gebühren, Beiträge und Steuern, in Form von weniger kulturellen Veranstaltungen oder beschnittenen Öffnungszeiten und, und, und ...

Konsolidieren ohne betroffene Bürgerinnen und Bürger geht nicht: Wenn's ginge, wäre das der Beleg dafür, dass gewaltige Effizienzreserven bei der Stadt schlummern – etwa dafür, dass wir überbesetzt wären. Solches hat meine Fraktion nie unterstellt.

Ich bin dem Vorstand des Personalrats der Stadt Albstadt, mit dem wir uns ausgetauscht haben, dankbar: Dankbar für seine ausgeprägte Sachlichkeit – die wir als Verpflichtung begreifen, uns künftig noch intensiver um wechselseitige Information zu bemühen. Und dankbar für die Klarstellung des schlichten Sachverhalts, dass weniger Personalkosten nur durch Aufgabenabbau erreichbar sind.

Wir nehmen also beim Konsolidieren den Bürgerinnen und Bürgern notgedrungen etwas weg: Wir verlangen mehr Geld für städtische Leistungen und schränken Leistun-

gen für die Bürgerinnen und Bürger ein ... Angesichts dieser schlichten Wahrheit sind Differenzen zwischen den politischen Gruppen in einzelnen Punkten eher Marginalien.

Wir verhehlen nicht: Wir Sozialdemokraten hätten es gern gesehen, wenn wir gleich die Parkgebühren erhöht und von der Grundsteuer in diesem Jahr die Finger gelassen hätten. Im Jahr 1 nach der Krise, die für viele Bürgerinnen und Bürger Einkommenseinbußen etwa durch Kurzarbeit bedeutet hat, und vielen Betrieben gerade die Teilhabe an der einsetzenden Konjunkturerholung schwer macht! Ebensowenig verhehlen wir, dass wir ab 2011 stets von einer Anpassung des Grundsteuer- und des Gewerbesteuerhebesatzes ausgegangen sind.

Letzteres werden wir ja nach den jüngsten Vereinbarungen in den kommenden Monaten prüfen – ich vertraue da auf allseitige Unvoreingenommenheit. Aus meiner Sicht ist die These gerechtfertigt: Eine moderate Anhebung des Hebesatzes würde bei der großen Mehrheit der Albstädter Gewerbesteuerzahler komplett durch Anrechnung auf die Einkommenssteuer kompensiert. Andererseits könnten für Investitionen – etwa für den von uns allen versprochenen Stadtumbau in Tailfingen – und damit für Aufträge an die heimische Wirtschaft 1:1, also ohne Schmälerung durch Umlagen oder Finanzausgleich, zusätzliche Mittel generiert werden.

Es gab und gibt öffentliche Kritik vorwiegend an Einschnitten im Bereich des Einzelplans 3 – Wissenschaft, Forschung, Kultur.

Scheinbar unbemerkt geblieben ist dabei, dass die relativ mit am stärksten zu Buche schlagenden Kürzungen die Haushaltsgruppe „Veranstaltungen“ betreffen – zugegebenermaßen: ein „Steckenpferd“ von mir. Ich will und kann das das Ausrichten und Managen von „Events“ jeglicher Art nicht als Kernaufgabe der Stadt Albstadt begreifen. Weil es nicht nur um Sachausgaben geht, sondern stets auch um Personalaufwand, den wir sinnvoller an anderer Stelle treiben, steht aus meiner persönlichen Sicht auch ein dickes Fragezeichen hinter dem Wiederaufleben der Literaturtage 2013. Das Thema Aufwandminderung im Veranstaltungsbereich jedenfalls wird von meiner Fraktion hartnäckig weiter verfolgt.

Anderes hat mehr Aufmerksamkeit erregt – die Museen, vorneweg die Galerie, etwa. Um's kurz zu machen: Meine Fraktion stimmt den Kürzungen im Bereich der musealen Kultur im Umfang von rund 290.000 Euro im Verwaltungs- und weiterer 22.500 Euro im Vermögenshaushalt zu. Bereits ab 2011 haben wir hier den vollen Konsolidierungseffekt – nicht zuletzt dank der Bereitschaft der Mitarbeiterinnen, Arbeitsumfang und damit Gehalt drastisch zurück zu schrauben. Diese Einsparungen erreichen wir ohne arbeitsrechtliches Gezerfe. Wenn Sie so wollen: Wir stimmen dem ansehnlichen Sparspatz in der Hand zu und jagen nicht der Konsolidierungs-Taube auf dem Dach nach.

Für weitere Sachausgabenkürzungen – etwa beim Museum im Kräuterkasten – werden wir im Vorfeld des Haushalts 2011 werben.

Ganz nüchtern zusammengefasst, entgegne ich für meine Fraktion den Stimmen des Protests gegen Einsparungen im Bereich des Einzelplans 3: Dieser Bereich ist geradezu die Domäne freiwilliger Leistungen. Wir haben seit Monaten, ich selbst etwa bereits gegenüber der Presse im Oktober, klargestellt, dass dieser Bereich überproportional starke Beiträge zur Konsolidierung leisten müssen. Wer um die Aufgaben weiß, der sich die Stadt etwa im Bereich der Schulsozialarbeit, im Bereich der Kinderbetreuung, beim Stadtumbau im Talgang und darüber hinaus oder bei der weniger für Fototermine geeigneten Instandhaltung von Kanälen stellen muss und wird – der ist vor jeglichem „Tunnelblick“ gefeit.

IV. Fazit

Vier Punkte zum Schluss:

Zum ersten will ich unsere Schullandschaft ansprechen, auf die dieser Tage ja die öffentliche Aufmerksamkeit gelenkt worden ist: Ich will die These zurückweisen, Gemeinderat und Stadtverwaltung seien – zugespitzt – Vollzugsorgane einer Beratungsfirma. Das ist nicht der Fall. Den Hintergrund aller Beratungen, die in diesem Bereich anstehen – die Verwaltung wird beauftragt, spätestens im 2. Quartal 2011 ein „Schulkonzept 2020“ vorzulegen – bilden die blanken Schülerzahlen. Um noch einmal die Bevölkerungsvorausrechnung des Statischen Landesamts aufzugreifen: Danach sinkt die Zahl der 6 bis 10jährigen Albstädter zwischen 2008 und 2020 um gut 150, die Zahl der 10 bis 14jährigen um über 420 und die der 14 bis 18jährigen um über 500.

Zweitens: Mitunter wird die These laut, die Malaise der Albstädter Stadtfinanzen sei Konsequenz einer zu ausgeprägten Dezentralität. Ich mag stärker von meinem Heimatstadtteil geprägt sein, viel mehr „Laufener“ sein, als mir's bewusst ist, wenn ich – wie übrigens bereits in der Oktober-Sitzung des Gemeinderats – sage: Konsolidierung reimt sich nicht immer auf Zentralisierung! Meine Fraktion begrüßt deshalb den gefundenen Kompromiss in Sachen Ortsverwaltungen. Ausdrücklich bekräftigen wollen wir unseren Vorschlag, im Laufe nächsten Jahres die Weichen für eine Reduzierung der Sitzzahl in den Ortschaftsräten und im Gemeinderat nach der nächsten Kommunalwahl zu stellen. Meiner Wahrnehmung nach ist dieser Vorschlag auf breite Sympathie gestoßen.

Zum dritten: Die letzten Monate waren von billigen Profilierungstaktiken weitgehend frei. Dazu hat auch die ausgeprägte Nicht-Öffentlichkeit der Beratungen beigetragen, die ich insofern gegen Kritik verteidigen will. In Erinnerung rufen darf ich aber die Er-

mahnungen an die Adresse der Verwaltungsspitze, die es seit Oktober vergangenen Jahres seitens Dr. Merkel, Herrn Schaudt und von meiner Seite gab: „Geht an die Öffentlichkeit“, war unser Tenor, „macht die Dimension der Aufgabe deutlich.“ Uns hat missfallen, dass verwaltungsseitige Verlautbarungen stets Beschwichtigungscharakter hatten – sofern sie überhaupt vernehmbar waren.

Zum vierten: Dass der Vermögenshaushalt bislang wenig bis gar nicht zur Sprache gekommen ist, möge niemanden in die Irre leiten. Wir anerkennen, dass – namentlich unter Berücksichtigung der Ende 2009 untergegangenen Haushaltsreste – die Finanzplanung insgesamt eine deutliche Reduzierung des Ausgabenvolumens im Vermögenshaushalt vorsieht. Einen Freibrief, alles was in der Finanzplanung steht, auch so umzusetzen, erteilt meine Fraktion aber nicht. Ich erinnere beispielhaft an meinen Beitrag in der Dezember-Sitzung des Gemeinderats: *„Die Ebinger Innenstadt (...) ist in der Bevölkerung längst zum Gradmesser geworden für die Seriösität der Konsolidierungsstrategie von Verwaltung und Gemeinderat. Die klare Botschaft, dass Gemeinderat und Verwaltung (...) auch bei der Innenstadt Abstriche an vielleicht noch vor ein, zwei Jahren machbar erscheinenden Vorhaben machen, ist aus unserer Sicht mit entscheidend für das notwendige Vertrauen in der Bevölkerung.“* Das ist und bleibt die Sichtweise meiner Fraktion, über die wir nötigenfalls in den kommenden Monaten manchen Strauß ausfechten werden.

Was bleibt, ist, namens meiner Fraktion allen Dank zu sagen, die mitgewirkt haben beim Konsolidieren. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ganzen „Konzerns“ Albstadt zu danken und allen in und für Albstadt ehrenamtlich Engagierten.

Meine Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2010 zu – und den ergänzenden überfraktionellen Anträgen auf „Stellenbesetzungssperre“ und „Schuldendeckel“, die noch ausführlicher zur Sprache kommen werden. Diese Gemeinsamkeit verstehen wir nicht zuletzt auch als Signal der Entschlossenheit zur Konsolidierung in den kommenden Jahren. Wir hoffen, dass weder die veröffentlichte Meinung, noch Amts- und Mandatsträger durch das voraussichtliche kleine „Zwischenhoch“ der Stadtfinanzen 2011 zu Entwarnungs-Rhetorik verleitet werden: Dass der Finanzausgleich 2011 auf der katastrophalen Lage 2009 basiert, rechtfertigt kein Nachlassen beim Konsolidieren.